

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 846 ppbn d



## Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, begrüßt das Urteil des Europäischen Gerichtshofes: Erfolg für Frauenrechtlerinnen. Seite 1

Dr. Henning Scherf, Senator der Freien Hansestadt Bremen, fordert Hilfe für Nicaragua: Den CIA-Aktionen Solidarität entgegenzusetzen. Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, begründet die Notwendigkeit, die "Auschwitz-Lüge" zu verfolgen: Neonazi-Agitation gefährdet den inneren Frieden. Seite 4

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages, setzt sich mit der "Elite"-Forderung Genschers auseinander: Hochqualifizierte Spitze nur auf breitem Fundament möglich. Seite 6

39. Jahrgang / 72

11. April 1984

### Erfolg für Frauenrechtlerinnen

Der Europäische Gerichtshof hat eine SPD-Forderung bestätigt

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bestätigt die jahrelange Kritik der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen an der Umsetzung der EG-Richtlinie zur "Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung, zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen", durch das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz in der Bundesrepublik.

Der Europäische Gerichtshof hat nunmehr auf die Klage von drei Frauen (Dorit Harz, Sabine v. Colson und Elisabeth Kamann) entschieden, daß die EG-Richtlinie durch das bundesdeutsche Recht verletzt wird, wenn im Paragraph 611 a, Absatz 2 Bundesgesetzbuch einer Frau, die von einem Arbeitgeber wegen ihres Geschlechts benachteiligt und nicht eingestellt wird, lediglich die Erstattung der Auslagen, das heißt des Briefpapiers und der Portokosten zugebilligt wird.

Der Gerichtshof hat jetzt festgestellt, daß aufgrund des EG-Rechts Arbeitgeber, die Frauen benachteiligen, mit wesentlich schärferen Strafen belegt werden müssen. Den Frauen steht ein Schadensersatz von mindestens sechs bis zwölf Monatsgehältern zu. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ist praktisch eine Aufforderung an

deutsche Arbeitsgerichte, den Paragraph 611 a, Absatz 2 des Bundesgesetzbuchs nicht anzuwenden, da er mit dem höherrangigen EG-Recht nicht vereinbar ist.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat schon vor Verabschiedung des bundesdeutschen Anpassungsgesetzes darauf hingewiesen, daß es die EG-Richtlinie nicht hinreichend umsetze. Aber die sozialliberale Regierung ist seinerzeit dem Diktat des Grafen Lambsdorff gefolgt.

1982 hat der damalige und jetzige Wirtschaftsminister mit seinem berühmt/berüchtigten Papier dann ganz deutlich gemacht, daß für ihn und seine Partei arbeitsrechtliche Maßnahmen zugunsten der Frauen nicht infrage kämen. Er hat damit die Gleichstellungsprogrammatik seiner Partei auf den Platz verwiesen, der ihr zukommt: Schaumschlägerei.

Die Politik der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation von Frauen wird von der konservativ-liberalen Regierung konsequent weitergeführt. Arbeitsplätze wie vom Arbeitgeber abrufbare Teilzeitarbeitsplätze und Heimarbeitsplätze werden für Frauen gefördert, Möglichkeiten zur Weiterqualifikation von Frauen aber eingeschränkt.

Die SPD hat auf ihrem Münchner Parteitag 1982 ein Gleichstellungsgesetz gefordert, das nicht nur das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz novelliert, sondern auch konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben vorsieht, wie zum Beispiel die Verteilung der Ausbildungsplätze gleichermaßen auf Mädchen und Jungen, aber auch Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst und in allen Betrieben.

Der Europäische Gerichtshof hat diese Forderungen der SPD nunmehr nachdrücklich bestätigt. Er hat aber auch deutlich gemacht, daß die Europäische Gemeinschaft für viele Fragen, die im nationalen Interessengerangel unterzugehen drohen, ein Motor sein kann und das gilt allemal für die Frauenfrage. (-/11.4.1984/ks/rs)

+ + +



Nicaragua braucht unsere Hilfe

Den Aktionen der CIA und dem Bonner Boykott die Solidarität entgegensetzen

Von Dr. Henning Scherf

Senator der Freien Hansestadt Bremen

Spätestens seit dem vergangenen Wochenende muß es auch der gutgläubigste Verehrer der aktuellen US-Politik erkennen - die hehren Ideale demokratischer Freiheit sind derzeit in Washington schlecht aufgehoben. Da verminen CIA-Spezialisten die Häfen des kleinen Nicaragua; gegen diese Verminung protestieren etwa nicht die bösen Krenl-Revolutionäre, sondern der Botschafter der ultra-konservativen britischen Regierung. Frankreich schließlich als ganz sicher nicht moskauhöriges Land bietet dem bedrängten Nicaragua seine Hilfe für die Beseitigung der Minen an.

Um die Tragweite, genauer wohl die Ungeheuerlichkeit eines solchen Imperialismus-Aktes wie den der Verminung von Häfen in Friedenszeiten ermessen zu können, sollten wir kurz zur besseren Empörung die Vorzeichen wechseln: Man stelle sich vor, die Sowjetunion nähme in ähnlicher Weise Taiwan oder Süd-Korea in die Zange, blockierte die Häfen, bezahlte Söldnertruppen. Genug solcher Vergleiche - denn sie zeigen nur, wie verbreitet die Systematik einer Ost-West-Erbsenzählerei ist!

Ich empöre mich darüber, daß wieder einmal die Freiheit eines Dritte-Welt-Landes zum mißachteten Anhängsel einer jeweiligen Großmacht zertreten werden soll. Die US-Regierung verfährt dabei von Monat zu Monat ungenierter, verfügt mit selbstherrlicher und menschenverachtender Geste über den zum innenpolitischen Bezirk erklärten "Hinterhof Mittelamerika". Letztlich sind der Reagan-Administration alle Mittel opportun - wenn die Verminung nicht reicht, so bleibt die Drohgebärde militärischer Intervention!

Mindestens ebenso empörend ist allerdings der augenblickliche US-Opportunismus unserer Bundesregierung - sie schweigt zu diesem bestürzenden Vorfall; und nicht nur das - in verbissener ideologischer Verbohrtheit verweigert sie weiterhin die Auszahlung der bereits zugesagten 40-Millionen-DM Entwicklungshilfe. Das letzte Wochenende macht die aktuelle Dringlichkeit ganz deutlich: Nicaragua braucht unsere Hilfe!

(-/11.4.1984/ks/rs)

+ + +



Warum die "Auschwitz-Lüge" verfolgt werden muß

Die Neonazi-Agitation bedeutet eine schwerwiegende Gefährdung des inneren Friedens

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In dieser Woche wird der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Bekämpfung der neonazistischen Agitationskriminalität beraten. Er ist identisch mit dem noch unter Jürgen Schmude erarbeiteten und später von der jetzigen Bundesregierung beim Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf. Nachdem die Bundesregierung den am 29. April 1983 abschließend vom Bundesrat beratenen Gesetzentwurf wegen interner Meinungsverschiedenheiten immer noch nicht dem Deutschen Bundestag zugeleitet hat, hat ihn die SPD-Bundestagsfraktion Anfang dieses Jahres als eigenen Gesetzentwurf eingebracht.

Der Gesetzentwurf stellt neben dem jetzt schon strafbaren Herstellen, Vertreiben und dem Vorrätighalten von neonazistischen Kennzeichen auch deren Einfuhr in das Bundesgebiet unter Strafe. Über die Schließung dieser Strafrechtslücke besteht Einigkeit.

Strittig ist dagegen, inwieweit die "Auschwitz-Lüge" in Zukunft von amtswegen strafrechtlich verfolgt werden soll. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß das Leugnen, Verherrlichen und Verharmlosen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Zukunft als Offizialdelikt strafbar sein soll. Bisher kann die "Auschwitz-Lüge" allenfalls als Beleidigung auf Antrag der Opfer oder der Angehörigen von Opfern verfolgt werden. Das Verbreiten der "Auschwitz-Lüge" und ähnliche Verhaltensweisen sind aber keine Privatangelegenheit, deren Ahndung den Betroffenen überlassen werden kann, sondern eine schwerwiegende Gefährdung des inneren Friedens und der öffentlichen Ordnung.

Der Gesetzentwurf stellt nur das Leugnen, Verherrlichen oder Verharmlosen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen unter Strafe. Andere historische Gewaltverbrechen oder Gewaltverbrechen in anderen Teilen der Welt werden nicht erfaßt. Dies trägt der Tatsache Rechnung, daß die Naziverbrechen von Deutschen und im deutschen Namen begangen worden sind und sich daraus eine besondere Verantwortung für uns Deutsche ergibt, wenn diese Naziverbrechen verherrlicht, geleugnet und verharmlost und die



Opfer und ihre Angehörigen dadurch verhöhnt werden. Der Vorwurf der CSU und von Teilen der CDU, die Vorschrift sei "blind gegenüber den Verbrechen linker Regime" liegt daher neben der Sache und ist letztlich scheinheilig.

Eine tragikomische Rolle spielt in der Auseinandersetzung um diesen Gesetzentwurf der Bundesjustizminister. Obwohl der CSU und Teilen der CDU die gesamte Richtung nicht paßt, glaubt er ihrer Kritik Rechnung tragen zu können, indem er den Gesetzentwurf in Einzelfragen ändert und die Strafbarkeit teilweise zurücknimmt. So soll nach seinen Vorstellungen nur noch die schriftliche "Auschwitz-Lüge" strafbar sein. Dies ist inkonsequent. Denn das mündliche Leugnen, Verharmlosen oder Verherrlichen von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in "zündelnden" Reden auf Versammlungen ist mindestens so strafwürdig wie das schriftliche.

Das gleiche gilt für die Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" zum Beispiel in einer Wahlsendung beim Privatfernsehen. Bedenklich ist auch der Vorschlag des Bundesjustizministers, nur noch das Verherrlichen und das Leugnen, nicht aber das Verharmlosen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen unter Strafe zu stellen. Damit fallen die Bereiche, die pseudowissenschaftlich auftreten und deshalb besonders gefährlich sind, aus der Strafbarkeit heraus.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im Laufe der Gesetzesberatung selbstverständlich gegenüber Verbesserungsvorschlägen aufgeschlossen sein. Sie wird jedoch jedem Vorschlag entgegentreten, der das Gesetz stumpf und wirkungslos macht.

(-/11.4.1984/ks/rs)

+ + +



Das Gerede von der neuen "Elite"

Eine hochqualifizierte Spitze setzt immer ein breites Fundament voraus

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat ein Gespür für unterbewußte Stimmungslagen. So nimmt es nicht wunder, daß er sich an die Spitze einer Bewegung gesetzt hat, die Deutschlands Unbehagen am aktuellen Mittelmaß in Wirtschaft und Gesellschaft für einen neuen Aufbruch in Wissenschaft und Technik nutzen möchte. Der "Herausforderungen", denen sich die Republik stellen muß, gibt es danach viele: Die amerikanische, die japanische, die der Zukunft überhaupt. Und als Mittel zur Veränderung wird die Züchtung von Spitzenkönnern empfohlen. Notfalls zu Lasten der übrigen Gesellschaft und ihren berechtigten Ansprüchen. Wir brauchen eine neue "Elite", raunt es seitdem an den Stammtischen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Brauchen wir das wirklich? Und was heißt überhaupt "Elite"? Sind das die oberen Zehntausend? Gehören Helmut Kohl und Franz Josef Strauß dazu? Und Hans-Dietrich Genscher? Ist der Wissenschaftler, der ein neues Teilchen entdeckt, schon Elite, oder nur der, welcher einen Chip entwickelt, mit dessen Hilfe noch mehr Menschen durch Automaten ersetzt werden können. Ist Elite nur die Gruppe der Erfolgreichen, deren Tun und Wissen einen hohen Marktwert erhält, oder gehört auch der Gelehrte dazu, der eine neue Datierungsmethode für Tonscherben aus der Wikingerzeit entwickelt? Ist Elite auch der, welcher neue Massenvernichtungsmittel erfindet, oder der, welcher seine herausragende Begabung in den Dienst der Gesellschaft stellt und sich dabei von Verantwortung gegenüber den anderen leiten läßt, die mit geistigen Gütern weniger gesegnet wurden?

Niemand wird bestreiten, daß eine Gesellschaft auch ihre Spitzenbegabungen fördern muß. Niemand indes kann mit Fug behaupten, das sei in der Vergangenheit nicht geschehen. Auch wenn die Nobelpreise (wer setzt dort eigentlich die Maßstäbe?) immer wieder in andere Länder gehen (nicht wenige übrigens an Emigranten, die Deutschland unter den Nazis selbst vertrieben hat) - Wissenschaft und Forschung



sind in vielen Bereichen bei uns international noch immer Spitze. Und in den staatlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen wir ganz weit vorne. Nicht zuletzt deshalb ist die deutsche Wirtschaft alles in allem nach wie vor export- und wettbewerbsfähig - wie unsere hohen Exportüberschüsse zeigen.

Also was soll das Gerede von der "Elite"? Könnte es sein, daß damit gerade die fünf Prozent Wähler angesprochen werden sollen, die sich gern dazu zählen und die die FDP zum Überleben braucht? Oder soll damit gar eine Bildungspolitik umgekehrt werden, die in den letzten 15 Jahren mehr jungen Menschen Bildung und Chancengleichheit bieten wollte und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Entwicklung unserer Wirtschaft geleistet hat? Der auch von Helmut Kohl zugegebene "Kahlschlag" beim BAFÖG, die erklärte Absicht der Bundesregierung, künftig wieder weniger junge Leute studieren zu lassen, machen deutlich, wohin die Reise gehen und wofür die "Elite"-Diskussion den Boden bereiten soll: Bildung soll wieder Privileg für wenige werden, die in den Spitzen der Gesellschaft unter sich bleiben wollen.

Georg Picht, ein eher konservativer Bildungsforscher, hat 1964 vor einer drohenden "Bildungskatastrophe" gewarnt und viel mehr Förderung und viel mehr Abiturienten und Akademiker gefordert, wenn Deutschland nicht international den Anschluß verlieren solle. Viele seiner Forderungen wurden erfüllt. Manche meinen sogar zu viele. Aber auch diejenigen, die von Chancengleichheit und Sozialstaat nichts halten und diejenigen, für die Bildung kein "Bürgerrecht" ist, sollten die Zusammenhänge genau analysieren: Eine hochqualifizierte Spitze setzt immer ein breites Fundament voraus. Deutschlands Weltniveau hängt nicht nur von einigen Nobelpreisträgern ab, sondern vor allem auch von seinen qualifizierten Facharbeitern, Technikern, Ingenieuren und mittleren Managern. Und das Leben der Zukunft besteht nicht nur aus Computern und Biotechnik, sondern auch aus Kultur, Geschichte und humanen sozialen Beziehungen. Ich jedenfalls hoffe das.

(-/11.4.1984/ks/rs)

+ + +

